

Bürger

Ethos

Nachhaltigkeit

Ein Diskussionspapier

Glauben – Denken – Handeln

Die Evangelische Akademikerschaft in Deutschland (EAiD) e. V.
ist eine Gemeinschaft von Frauen und Männern,
die sich in ihrem Denken und Handeln
am christlichen Glauben orientieren.

Ihre Mitglieder stellen sich
den geistigen, gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen der Zeit
auf der Grundlage der befreienden Botschaft der Bibel.

Sie helfen einander dabei,
den christlichen Glauben
in Familie, Beruf und Gesellschaft zu leben
und sich für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einzusetzen.

Die EAiD wendet sich nicht allein
an akademisch Vorgebildete und Angehörige einer bestimmten Konfession.
Sie ist offen für alle, die sich ihre Ziele zu eigen machen.

(Paragraf 1 der Satzung)

Bürger

Ethos

Nachhaltigkeit

Ein Diskussionspapier

**Diese Schrift wurde in den Jahren 2011 bis 2013 vom
Arbeitskreis Gerechtigkeit der Evangelischen Akademikerschaft in
Deutschland (EAiD) erarbeitet.**

Inhalt

Vorwort

Teil 1: Wissen, was ist

Das Gespenst der Märkte
Die Ökonomisierung der Gesellschaft
Die gesellschaftliche Desorientierung durch die gegenwärtige Elitediskussion
Der Verschuldungsmechanismus
Die Bedeutung der Verschuldung in den Krisen seit 2008

Teil 2: Sehen, was sein soll

Wie kann die Gesellschaft gesunden?
Von Adam Smith lernen
Bürgergeld/Grundeinkommen
Reichensteuer
Abschöpfung und Sozialisierung der Automatisierungsdividende
Nachhaltige Wohlstandsmehrung als Ziel allen Wirtschaftens
Ein bürgerschaftliches Ethos

Teil 3: Entscheiden, was zu tun ist

Nachhaltigkeit auf der politischen Agenda Europas
Der europäische Traum
Die Bürgerschaften Europas unter einem neuen Gesellschaftsvertrag
Ein bürgerschaftlicher Tugendkatalog
Das bürgerschaftliche Ethos im Weltmaßstab
Nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit

Nachwort

Lesehinweise

Anhang

Das UN-Manifest „Globales Wirtschaftsethos – Konsequenzen für die Weltwirtschaft“, kommentiert vom Arbeitskreis Gerechtigkeit der EAiD

Vorwort

Ein Bürgerethos der Nachhaltigkeit? Wozu ein solches Ethos? Was ist gemeint?
Wer sind die Akteure und wem kommt es zugute? Was bedeutet der Fokus auf Nachhaltigkeit?

In der Tradition der Aufklärung verstehen wir es als ein Ethos freier und gleicher Bürger, die den Menschenrechten verpflichtet sind gemäß der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948,

Bürger, die sich auf ein verantwortliches Leben ausrichten:
auf ein Leben in Gemeinschaft miteinander und mit der Natur,
auf ein Leben in Rechtssicherheit und Gerechtigkeit,
auf ein Leben, das Herkommen und Zukunft umgreift.

Die von der UNO proklamierten Menschenrechte bilden ein *System politischer und sozialer Ordnung*, dem ein *ethisches System* zugrunde liegt, ob ausformuliert oder nicht. Gleiches gilt für die vielen Deklarationen zuvor und seither, von denen vielleicht die meisten unbedeutend geblieben sind, andere aber bleibende Beachtung verdienen wie z.B. die Genfer Konvention von 1864, die zur Gründung des Roten Kreuzes führte. Entscheidend ist, dass sie alle nicht möglich geworden wären ohne den *ethischen Willen* ihrer Initiatoren und Verfechter.

Um diesen ethischen Willen geht es. Um unseren ethischen Willen als Bürger. Um uns als Bürger einer Welt-Bürgergesellschaft. Um die Welt-Bürgergesellschaft nicht unter einem Global Government (Weltregierung), sondern unter *Global Governance* (Weltordnungspolitik), deren Kernstück globale Werte sind¹.

1995 legte die Kommission für Weltordnungspolitik, der von deutscher Seite Dr. Kurt Biedenkopf angehörte, ihren ersten Bericht vor: „Nachbarn einer Welt“ (Our Global Neighbourhood).

Eine Arbeitsgruppe der Stiftung Weltethos, Tübingen, hat eine Konkretisierung für den Bereich des Wirtschaftens erarbeitet, die 2009 als „Manifest Globales Wirtschaftsethos – Konsequenzen für die Weltwirtschaft“ der UNO vorgelegt wurde, bisher zahlreiche Unterzeichner gefunden hat und noch erwartet.

Diesem Vorbild folgend nimmt der Arbeitskreis Gerechtigkeit das große gesellschaftliche Projekt der nachhaltigen Entwicklung in den Focus und versucht, wenigstens in Umrissen, ein *Bürgerethos der Nachhaltigkeit* zu beschreiben.

Dass nachhaltige Entwicklung neben einer ökologischen, sozialen und ökonomischen auch eine ethische Dimension hat, ist bisher nur wenig beachtet worden. Umso wichtiger ist es, über die ethische Grundierung der Nachhaltigkeit nachzudenken.

¹ Mit Blick auf die Wirkung großer Deklarationen stellt Hans Küng einen notwendigen Dreischritt der Umsetzung fest: „Der ethisch-politische Wille drängt zur *schriftlichen Dokumentation* und zur *öffentlichen Proklamation*“, diese „helfen dann der *Realisation des ethisch-politischen Willens*“ (Hans Küng, Anständig wirtschaften, München 2010, S. 269).

In dem UN-Bericht von 1995 wird ein Ethos entworfen, dessen Grundprinzip die Goldene Regel ist. Aus ihm werden sieben Grundwerte entfaltet: Achtung vor dem Leben – Freiheit – Gerechtigkeit - Gegenseitige Achtung – Hilfsbereitschaft – Integrität. Diese Grundwerte sind in Form eines Bürgerethos mit Rechten und Pflichten auszudrücken und von allen Akteuren zu tragen.

Das Bürgerethos ist in das bestehende und entstehende System internationaler Normen einzubeziehen.

(Zur Klarstellung: Es handelt sich hier nicht um Appelle, genau so wenig wie die Zehn Gebote und deren Auslegung in der Bergpredigt Jesu Appelle sind, sondern verbindliche Vorgaben zum Wohl der Gemeinschaft, sei es eines Volkes oder der Jüngerschaft Jesu.)

Auf dem Weg zu einem *Bürgerethos der Nachhaltigkeit* ist zunächst das ethisch-politisch-soziale Umfeld wahrzunehmen, in dem es sich ausbilden soll. Nicht weniger bedeutsam ist, immer wieder das Dilemma aufzulösen, das in der Diskrepanz liegt zwischen dem grundsätzlich geltenden Anspruch auf ein würdiges Leben für alle und der fortschreitenden Minderung der dafür notwendigen Ressourcen, seien es die materiellen oder die menschlichen.

Ein Bürgerethos, das darauf reagiert, wird sozusagen auf der „Rückseite“ der Menschen-Rechte ihre Pflichten enthalten. Deklarationen, Manifeste, Visionen schlagen nur die Bühne auf, auf der wir Bürger als Subjekte der Politik das Stück aufführen müssen, für das wir nicht nur als Akteure, sondern auch als Autoren verantwortlich sind.

Pflichten der Bürger leiten sich aus einer Vorstellung vom Gemeinwohl her und erwachsen für jeden von uns über Recht und Gesetz hinaus aus der Achtung vor ethischen Richtlinien, ohne dass deren Einhaltung vom Staat sanktioniert werden kann. Eine Vorstellung davon muss durch Erziehung und Lernen in persönlicher Verantwortung angeeignet werden. Sie bedürfen darüber hinaus in einem demokratischen Gemeinwesen des fortwährenden kritischen Diskurses.

Diese Gedanken führten ohne große Umwege zu den Bemühungen des Arbeitskreises Gerechtigkeit, sich über die Umrisse eines solchen Bürgerethos' für Nachhaltigkeit Klarheit zu verschaffen und, ausgehend von der unbezweifelbaren Krisenhaftigkeit des gesellschaftlichen Zustandes unserer Republik, aus verschiedenen Quellen eine Skizze zu entwerfen.

TEIL 1: Wissen, was ist

Das Gespenst der Märkte

„Ein Gespenst geht um in Europa“, schrieb der SPIEGEL vor einiger Zeit. Die Anspielung auf den Einstiegssatz des Kommunistischen Manifests war gewollt. Doch das „Gespenst“ war jetzt ein anderes, das der Märkte, der Finanzmärkte. Dort arbeiten Menschen, deren Ehrgeiz es ist, das Geld von Milliardären, Millionären, von Sparern und Lebensversicherten zu mehren. Sie machen Geschäfte mit Aktien, Devisen, Schulden und Krediten, weil das einträglicher für sie ist als mit den banalen Gütern und Dienstleistungen der sogenannten Realwirtschaft zu handeln. Monströs die Summen, die in dieser Parallelwelt verschoben werden, die sich in den vergangenen Jahrzehnten verselbständigt hat. Ihre Funktionsmerkmale sind diese:

- Ihre Billionen vermehren sich so, dass spekulative Blasen entstehen.
- Sie streben nach Renditen, die in der Realwirtschaft nicht zu erzielen sind.
- Dafür erfinden die Banken ständig neue, riskante Finanzprodukte.
- Die Banken wirtschaften unbehelligt mit zu wenig Eigenkapital.
- Die Finanzmärkte mit ihren unbekanntem Risiken sind intransparent.
- Ihre Konzentration hat systembedrohende Großbanken hervorgebracht.
- Die Computerisierung fördert das Herdenverhalten. Vernetzung über Derivate erhöht die Krisengefahr.
- Die Finanzmärkte widersetzen sich einer schärferen Regulierung durch Ausweichen in ein Schattenbanksystem und untergraben damit Marktwirtschaft und Demokratie.

Hatte man nicht sehen können, fragen viele, dass alles, was uns die Wirtschaftsliberalen als eine Befreiung und Entfesselung der Märkte auf dem Weg zu immerwährendem Wohlstand verkauft hatten, die nahezu vollständige Deregulierung der sogenannten Finanzmärkte, in Wirklichkeit etwas ganz anderes war als der Weg zum nie versiegenden Wohlstand für die ganze Welt? Es war jene als Thatcherismus und Reaganomics entartete angelsächsische Doktrin einer libertären Markthörigkeit, die auch in Kontinentaleuropa gelehrige Schüler gefunden hat, zu einer Zeit als ihr Scheitern, gemessen an den sozialen Folgen in den USA schon zu erkennen war.

Es war ein „Neoliberalismus 2.0“, der alles überlagert hatte, was den in den späten dreißiger Jahren ausgerufenen Neoliberalismus und die darauf folgenden Ideen der Freiburger Schule respektabel gemacht hatte.

Die Ökonomisierung der Gesellschaft

Diesem Zustand, der sich unter den herrschenden Bedingungen eingestellt hat, stellt der Soziologe Wilhelm Heitmeyer die Diagnose „Die Gesellschaft ist vergiftet“, eine „rohe Bürgerlichkeit“ hat Platz gegriffen. Das ökonomische Prinzip ist aus der Wirtschaft in alle Bereiche der Gesellschaft und ihre Beziehungen eingedrungen. Statusdenken und eine ökonomische Bewertung der Menschen sind weit verbreitet. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die sich von den Älteren auf die Jungen überträgt, ist die Folge. Das spaltet die Gesellschaft heute mehr als noch vor zehn Jahren. Rechtstextremismus, der meist nur mit Außenseitern in Verbindung gebracht wird,

kann seine Gewaltmotivation auch aus einem sich verfestigenden Vorrat an menschenfeindlichen Einstellungen mitten in der Gesellschaft schöpfen. Stimmungsauslösend wirken Signalereignisse, aber auch schleichende Einflüsse, wenn viele Menschen sich nichts mehr von der Politik versprechen.

Nicht wenige Gutverdienende ziehen sich aus der Solidargemeinschaft auf Vorrechte der Etablierten zurück. Obwohl die Umverteilung seit Jahren zu Gunsten der Gutverdiener verläuft, hat ein Klassenkampf von oben eingesetzt. Aus der immer vorhandenen realen Ungleichheit, ist eine regelrechte Ideologie der Ungleichwertigkeit entstanden.

Unsere Arbeitswelt hat sich, den immer wieder vorgebrachten Zahlen über steigende Beschäftigung zum Trotz, zum Schlechteren verändert. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, vor allem die Leih- und Zeitarbeit verhindern den Erwerb von Ansprüchen auf Arbeitslosengeld. Der Niedriglohnsektor ist gewachsen und selbst die Einführung von Mindestlöhnen, die einer Forderung nach halbwegs gerechter Bezahlung genügen würden, stößt auf den Widerstand der Arbeitgeber und der politisch Neoliberalen. Minijobs sind wegen des bequemen Hinzuverdienens beliebt, haben sich aber zu einem Irrweg am Arbeitsmarkt entwickelt. Sie waren nicht dazu gedacht, Personalkosten zu sparen. Tatsächlich sind sie sehr häufig mit einem schlechteren Stundenlohn verbunden als normale Jobs. Der Wiedereinstieg in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt über einen niedrig bezahlten Job funktioniert nicht, weil die Märkte die Fähigkeit verloren haben, alle „aufzusaugen“, die nach Beschäftigung suchen.

Es entsteht eine neue Schicht durchaus Arbeitsfähiger und Arbeitswilliger, die keine Beschäftigungsmöglichkeit finden, weil das Risiko von Konjunkturschwankungen auf die prekär Beschäftigten abgewälzt wird. Unter diesen Bedingungen werden auch betriebswirtschaftlich kalkulierte Mindestlöhne das Problem nicht lösen.

Leistungswillen und Eigenverantwortung als Voraussetzung für eine Beschäftigung mit ausreichender Entlohnung kann man nur fordern, wenn für jeden die Chance auf eine solche Beschäftigung besteht.

Das lässt sich nicht einlösen, wenn technische Rationalisierung zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit und steigende Renditeansprüche der Anteilseigner die Unternehmen von zwei Seiten unter Druck setzen und die Gründe liefern, den Kostenfaktor Arbeit unter Missachtung der sozialen Verantwortung zu reduzieren.

Ständige Beteuerungen, dass nur verteilt werden könne, was erwirtschaftet worden sei, erhalten ihren sozial- und wirtschaftspolitischen Sinn nur, wenn dafür gesorgt wird, dass ein jeder am „Erwirtschaften“ teilhaben kann, um seinen angemessenen Anteil zu erhalten. Dass dieser bei den besonders Qualifizierten und Leistungsfähigen größer sein wird als bei denen mit geringeren Fähigkeiten, ist unbestritten und kennzeichnet unsere Arbeitsgesellschaft. Nicht hinzunehmen ist aber, dass eine viel geringere Zahl sogenannter Leistungsträger, „Eliten“ genannt, einen übergroßen Teil des gemeinsam Erwirtschafteten für sich reserviert, ehe es an das Verteilen geht.

Die gesellschaftliche Desorientierung durch die gegenwärtige Elitediskussion

Zur gesellschaftlichen Desorientierung trägt auch die falsche Elitediskussion in unserem Land bei, an der sich auch die Evangelische Kirche bis heute beteiligt.

Keineswegs wird selbstverständlich mit dem Prädikat „Elite“ assoziiert, wer sich engagiert und Verantwortung übernimmt. Wer heute von Elite spricht, spricht immer auch, wenn nicht zuerst, von Macht, Distinktion, Anmaßung.

Ein Arbeitskreis der EAiD hat die richtige Antwort gegeben, dass die Ausrufung von Leistungseliten, die sich nach ihrem wirtschaftlichen Erfolg im gegenwärtigen System bemessen, nicht der richtige Weg sein kann. Man belebt ein Klassendenken, das Bildungs- und Aufstiegschancen ungerecht verteilt und die soziale Durchlässigkeit behindert.

Demokratie braucht essentiell weder Abstammungs-, noch Geld- und Machtbalgungseliten, keine Eliten von eigenen Gnaden mit Selbstexklusion und Selbstrekrutierung. Sie braucht kompetentes, selbstbewusstes, engagiertes Handeln im Interesse aller. Sie braucht Chancen für jeden, sich in besonderer Weise zu engagieren. Wir fordern unsere Evangelische Kirche auf, für ein solches Engagement einzutreten, statt weiter die Elitediskussion in der gegenwärtigen Form zu fördern.

Wir sind überzeugt, dass Rachegefühle gegen die Fehlhandelnden an den Finanzmärkten und die von ihnen abhängig gewordenen Konzerne politische Klugheit nicht ersetzen können. Es gilt den Primat der Politik über „die Märkte“ zu sichern und wieder herzustellen, auch wenn die Grundrechenarten des Wirtschaftsprozesses respektiert werden müssen. Das wird nicht gelingen ohne ein Bürgerethos für unsere ganze Gesellschaft, das im gemeinsamen Handeln von Politik und Bürgergesellschaft den Weg in eine nachhaltige Zukunft öffnet.

Der Verschuldungsmechanismus

Eine neue Sicht auf die Märkte unter Abkehr von ihrer Psychologisierung, fordert Richard David Precht. Sie seien nicht zu therapieren, weil sie wie biologische Systeme keine Schuldigen kennen. Wer mitmacht müsse sich der Spezialisierungs- und der Konformitätsformel unterwerfen. Ein Banker der nicht nach Gewinn giert, werde ausselektiert.

Kann aber bezweifelt werden, dass die Möglichkeit, in kurzer Zeit mit riskanten Geschäften viel Geld zu verdienen, die Charakterfestigkeit erodieren ließ und die Geschäfte krank gemacht hat? Den Charaktertest der Finanzkrise haben die Banker nicht bestanden. Das System braucht auch Vertrauen, das sie gründlich verspielt haben.

Als das Kerngeschäft des soliden Geldverleihs nicht mehr genug Rendite abwarf, um die exorbitanten Wachstumsziele bedienen zu können, kam es zur exzessiven Kreditvergabe an insolvente Schuldner; die Investmentbanker erfanden Produkte, die keiner mehr verstand und die die Risiken erhöhten; sie machten selbst vor der Manipulation von Zinssätzen nicht halt.

Leistungsfähige Banken müssen Ersparnisse in produktive Investitionen umwandeln. Dazu kann es legitim sein, Wetten auf die Zukunft einzugehen. Auf der anderen Seite muss der ganze Derivatemarkt über Börsen transparent gemacht, bestimmte Derivate müssen ganz verboten werden; weltweit muss die Trennung von Publikums- und Investmentbanken nach dem früheren amerikanischen Vorbild eingeführt werden; ein internationales Konkursrecht für Banken muss Konkurse ermöglichen, ohne das ganze Finanzsystem zu demolieren und es muss endlich die Transaktionssteuer auf Finanzgeschäfte erhoben werden. Gerade dieser von Attac seit 15 Jahren erhobenen Forderung hat sich die EAiD über unseren Arbeitskreis Gerechtigkeit im Jahr 2000 angeschlossen. Erst jetzt bewegen sich Frankreich, Deutschland und einige Länder der Eurogruppe, wenn auch noch zögerlich, auf die Einführung dieser Steuer zu.

Die Bedeutung der Verschuldung in den Krisen seit 2008

Auf der anderen Seite war es unser Ausgabeverhalten, von Privathaushalten, Staatshaushalten, Unternehmen, das das Fehlverhalten der Banken genährt hat und das Verhältnis von Schuldnern und Gläubigern aus dem Lot geraten ließ. Die Verschuldung wurde zur wesentlichen Ursache der akuten Krise. Sie bewirkte einen „Krieg der Finanzmärkte“ gegen einzelne Volkswirtschaften, der mit Spekulation und Wetten gegen die europäische Gemeinschaftswährung im Interesse gigantischer Profite geführt wird.

Die amerikanischen Rating-Agenturen bilden nicht einfach den realen Zustand der Länder der Euro-Zone ab. Nur vordergründig geht es um die Bonität einzelner Volkswirtschaften und um die Höhe der Zinsen, zu denen sie sich Kapital an den Finanzmärkten beschaffen können. Erst die Befreiung aus dem Gefängnis der Verschuldung und Wachstumspfade, die nicht in immer neue Verschuldung führen, werden für eine nachhaltige Entwicklung sorgen. Solche Wege mögen umstritten und zum großen Teil noch nicht bekannt sein, erkennen lässt sich aber die Logik des Verschuldungsmechanismus.

Was sind Schulden? Von jeher bilden Schulden die treibende Kraft für einen Wechsel der Herrschaftsverhältnisse, behauptet der Wirtschaftswissenschaftler Michael Hudson und vertritt die These, dass die Interessen von Gläubigern nicht die einer Demokratie seien, dass Bankenrettungen vielmehr in die Oligarchie führten. Der Finanzsektor betreibe in der Tat eine neue Art der Kriegsführung.

Das Bild vom Kredit als Brücke in die Zukunft reicht nicht aus. Er bedeutet auch Fesselung an die Vergangenheit, so Hudson. Man kann es so sehen: Die Schulden polarisieren den gemeinsamen Reichtum und lassen eine Gläubigeroligarchie entstehen, die, abgesehen von einem „herrscherlichen Schuldenerlass“, nur durch gerechte Umverteilung entmacht werden kann.

Daraus folgt: Zinsen auf Vorschüsse und Güter, so notwendig sie für die Wirtschaft sind, dürfen nicht einer solchen Polarisierung dienen.

Seit sich aber, historisch gesehen, die Praxis des Geldverleihens gegen Zinsen verbreitet hat, sind Schulden tatsächlich zum wichtigsten Instrument der Enteignung

geworden. Die Gemeinschaft wurde gespalten in Gläubigeroligarchien und verschuldete Klienten.

Das Kreditgeschäft ist stark vom gegenseitigen Vertrauen geprägt. Der Gläubiger gewinnt, indem er sich Rechte einräumt, potentielle Macht über den Schuldner. Dieser macht sich umso abhängiger, je mehr Schulden er anhäuft. So gesehen sind es die Schuldner, die den Gläubigern ihren Einfluss verleihen.

Wenn nun der Staat, was eher die Regel ist, sich nicht in der Lage sieht, alle seine Ausgaben über Steuern zu decken, nimmt er den Kapitalmarkt in Anspruch. Damit unterwirft er sich der Ökonomie. Die Staatsverschuldung muss also zurückgeführt werden, wenn der Staat handlungsfähiger und unabhängiger werden soll.

Hudson beobachtet, dass die Gläubigeroligarchien der Demokratie ihre Unterstützung, die sie ihr als einem verlässlichen Schuldner gewährt hatten, heute wieder entziehen wollen. Für ihn hat das die gleichen Ziele wie eine militärische Eroberung, nämlich die Aneignung von Realgütern und staatlicher Infrastruktur, sowie Tributzahlungen.

Die Mittel dagegen bestehen im Abschreiben der Schulden und der Regulierung der Finanzmärkte. Auf unseren Kontinent bezogen: Die Finanzkrisen seit 2008 haben sich zu Krisen der Staatsverschuldungen entwickelt, nicht zu einer Krise der europäischen Gemeinschaftswährung. Zudem handelt es sich um die erste Krise der globalisierten Weltwirtschaft als ganzer, auch wenn lokale Zentren auffallen.

Diese Einsichten sind keineswegs neu. Bereits die frühantiken Schuldenerlässe, die Halljahre, dienten der Restitution, wenn ein Teil der Gemeinschaft sich nicht mehr mit eigener Kraft aus elementarer Not befreien konnte, weil er in die Schuldgefangenschaft einer Minderheit geraten war.

Die Einsicht in diese Zusammenhänge bildete vor mehr als 15 Jahren den Ausgangspunkt der Diskussionen in der Evangelischen Akademikerschaft, als sie zu einem „Halljahr der Gerechtigkeit“ in der Bundesrepublik aufrief.

Von einer schlagartigen Entschuldung wie im biblischen Halljahr, dem 50. Jahr des vollkommenen Schuldenerlasses, oder auch nur des kleinen Schuldenerlasses im jeweils siebten Jahr, sollten wir nicht träumen. Das hat, soweit wir wissen, niemals funktioniert. Die Geldgeber verweigerten schon damals die Kredite und die gesamte Kreditversorgung und damit die Wirtschaft kamen zum Erliegen. Das aber bedeutete wiederum eine ungerechte Gesellschaft. Man hat deswegen schon früh festgelegt, dass Finanzschulden auch über das Sabbatjahr hinaus gelten sollten. Nur die Sklaven wurden entlassen. Der große Schuldenerlass für alle war und ist eine Illusion.

Auf heute übertragen, heißt das: Die EZB muss ihre Rolle weiterspielen und mit ihrem Geld am Funktionieren der Europäischen Gemeinschaft mitwirken. Wir werden dabei alle zur Kasse gebeten werden. Eine Vergemeinschaftung der Schulden in Europa ist geboten, wenn die Gemeinschaft dadurch gestärkt wird.

TEIL 2: Sehen, was sein soll

Wie kann die Gesellschaft gesunden?

Wir haben lange Jahre vergessen, Europa an den Tugenden einer dem Gemeinwohl verpflichteten Wirtschaft auszurichten. Stattdessen haben wir unter dem Einfluss einer libertären Ideologie angelsächsischer Prägung den Finanzmärkten die Zügel schießen lassen.

Erst ausgleichende Gerechtigkeit bringt Menschenwürde und Solidarität ins Spiel. Freiheit und Gerechtigkeit gehören zusammen, aber es gibt keine Freiheit ohne Gerechtigkeit. Unabhängig von der Leistung muss ein lebenswürdiger Standard für alle Mitglieder einer Gesellschaft gewährleistet sein. Anders als eine vormoderne Gemeinschaft braucht die arbeitsteilige Industriegesellschaft den institutionalisierten Sozialstaat. Barmherzigkeit oder auch eine stiftende Generosität der Reichen sind ehrenwert, aber nicht das Gleiche wie Gerechtigkeit. Nächstenliebe kann nicht auf Freiwilligkeit gründen, man muss sie organisieren. Das ist der Grund, weshalb wir im Arbeitskreis Gerechtigkeit von dem Ziel einer *Sozialstaatlichen Marktwirtschaft* sprechen.

Wir können nicht die fünfziger Jahre zurückhaben wollen, wie Nostalgiker der DM und der Sozialen Marktwirtschaft das möchten, auch wenn „Wohlstand für alle“ eine richtige Forderung bleibt. Dazu braucht man statt Träumereien politische Ziele. Zu diesen gehört, dass man nicht immer kleinere, sondern wieder größere Bereiche von Gemeineigentum herstellt, dass die Politik gegenüber Finanzwelt und Ökonomie Priorität bekommt, dass internationale Marktwirtschaft auf einem sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Fundament gründet.

Von Adam Smith lernen

Können wir bei Adam Smith wesentliche Elemente für ein Bürgerethos entdecken?

Der Held von Adam Smith ist der Mensch, der ein langfristiges Interesse zu seinen Gunsten verfolgt und zwar innerhalb eines wohlgeordneten staatlich vorgegebenen Rahmens, in dem auch die Bereitstellung von Infrastruktur und öffentlichen Schulen zur Aufgabe des Gesetzgebers gehören. Diesem „klugen Menschen“ geht es nicht allein um materiellen Gewinn, sondern auch um Gesundheit, Vermögen, Status und Ruf. Sicherheit ist ihm lieber als risikobehaftete Gewinnaussichten. Der wahrhaft Kluge weiß, dass er umsichtig planend mit seinem Geld umgehen muss, aber auch, dass man Glück nicht kaufen kann, weil es darin besteht, geliebt zu werden und zu wissen, dass man geliebt wird.

Eine Rechtfertigung des Kapitalismus muss darauf bauen, dass Menschen umsichtig und langfristig ihre Interessen verfolgen. Damit tragen sie Verantwortung für sich selber und zugleich für ihre Gesellschaft. Doch ein solcher „Kapitalismus“ verlangt dem Einzelnen viel ab. Deshalb lässt sich das Eigeninteresse am besten in einer Gesellschaft verfolgen, in der die Bereitschaft zur Einhaltung von Recht und Gesetz besteht. Dazu müssen die sozialen Verhältnisse in ihrem Kern jederzeit als gerecht erscheinen und auch politisch durchgesetzt werden. In der Demokratie, die funktionie-

ren soll, müssen deshalb die Stimmen entsprechend den langfristigen Interessen abgegeben werden.

Langfristige Interessen aber kann man nur zusammen, nicht im Konflikt mit anderen verfolgen. Das führt auf die traditionellen Regeln der Ethik zurück. So haben Kapitalismus und Demokratie mit dem Sozialismus eine fordernde Ethik gemeinsam und es wird, ob man nun einen neuen Sozialismus will oder einen neuen Kapitalismus, letzten Endes auf das Gleiche hinauslaufen müssen.

Bürgergeld/Grundeinkommen

Der AK Gerechtigkeit der EAiD hat 2009 mit einem *Plädoyer für ein Bürgergeld als Kernelement einer neuen gesellschaftlichen Ordnung der Arbeit in einer Sozialstaatlichen Marktwirtschaft* eine Handlungsorientierung für die Politik vorgelegt.

Ausgangspunkt war die Beschäftigung des Arbeitskreises mit der wachsenden sozialen Ungleichheit auch in unserem Land, die auf den Zusammenhang mit dem Wandel der Beschäftigungsverhältnisse und der Forderung nach einem Grundeinkommen/Bürgergeld geführt hat. Wenn das Patentrezept mehr Wachstum für mehr Beschäftigung nicht mehr trägt, wenn alle Aufschwungs- und Wachstumsträume, von denen wir nicht lassen wollen, in einer finalen Krise erfroren sein werden, nachdem es die Parteien und Gruppierungen, die ihnen jetzt noch nachhängen, schon längst nicht mehr geben wird, dann wird auch der Einwand gefallen sein, dass niemand sagen kann, wie ein solches Bürgergeld bezahlt werden soll.

Wir alle werden bezahlen, so wie wir auch jetzt schon alle bezahlen müssen oder doch bezahlen müssten, ginge es mit rechten Dingen zu. Wir werden zahlen, wenn unsere real existierenden sozialen Sicherungen nicht versagen sollen, wenn nicht ein immer größerer Teil dieser Gesellschaft zum Prekariat werden soll - falls nicht auf dem Weg dorthin unsere Gesellschaft bereits zerbrochen sein wird. Dass die Bezahlbarkeit eines Bürgergeldes im Einzelnen noch nicht berechnet ist, heißt weder, dass es in der Höhe mancher zivilgesellschaftlicher Vorschläge angesiedelt sein kann, noch dass es in seiner Ausgestaltung die endgültige Abschaffung sozialer Sicherheit für die Lohnabhängigen bedeuten muss.

Seinerzeit waren von der rot-grünen Koalition, ob beabsichtigt oder nicht, mit HartzIV Elemente des negativen Menschenbildes des Neoliberalismus als Grundannahme in die Sozialpolitik eingeführt worden. Die Zivilgesellschaft musste Aufgaben übernehmen, für die der Staat sich nicht mehr zuständig fühlte, um das System ökonomisch aufrechtzuerhalten und um das Existenzminimum auch bei Leistungskürzungen zu sichern.

Um unseren Sozialstaat den gesellschaftlichen Realitäten anzupassen, muss die Vorbereitung auf ein echtes Bürgergeld in konsensfähigen Schritten in Angriff genommen werden. Diese Schritte haben wir in Übereinstimmung mit den von verschiedenen relevanten Gruppierungen erhobenen Forderungen quantifiziert.

Die Partei der Grünen hat ein solches realistisches Vorgehen in Vorbereitung auf ihren Parteitag bereits 2008 am ausführlichsten diskutiert und niedergelegt:

Ein Grundeinkommen/Bürgergeld soll stufenweise über mehrere Jahre eingeführt werden und zur Unterstützung und Absicherung jeweils bestimmter Lebensabschnitte vom Kindesalter bis zur Rente jedem zur Verfügung stehen, der es nötig hat.

Reichensteuer

Vor zwei Missverständnissen ist zu warnen: Weder muss und darf die Reichensteuer eine konfiskatorische Strafsteuer sein, noch gibt es bislang die Bereitschaft der Reichen zu höheren Steuerzahlungen im Interesse eines besseren sozialen Ausgleichs. Zunächst muss aber die „Mitte der Gesellschaft“, in der nach allgemein akzeptierter Auffassung heute Wahlen gewonnen werden, auch quantitativ, als Mittelstand nach Einkommen und Vermögen beschrieben werden. Denn auch den nach Einkommen und Vermögen begüterten Mittelstand wird man zur Kasse bitten müssen, statt sich allein von einer Reichensteuer goldene Berge zu versprechen. Man kann vermuten, dass diese in einer irgendwie tragbaren Form nicht ausreichen wird, oder dass sie, wenn für einen engen Kreis von Besitzenden zu hoch angesetzt, nicht nachhaltig sein wird. Sie wird dann mehr oder weniger schnell aufgebraucht sein und versiegen.

Sie ist höchstens als „Notopfer“ in Ausnahmesituationen geeignet und ohne strukturell tiefgreifende Konsolidierungsprogramme in jedem Fall wirkungslos oder sogar schädlich. Reichtum darf, soll er als Quelle erhalten bleiben, seinen Trägern nicht zum Vorwurf gemacht werden, so richtig es ist, dass er nicht von den weniger Bemittelten bezahlt werden darf.

Überhaupt scheint es angemessener, statt einer Vermögenssteuer eine Vermögensabgabe in Betracht zu ziehen, nach dem Vorbild des zum Ausgleich der Kriegsfolgelasten nach 1945 erhobenen Lastenausgleichs, der einen wichtigen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufschwung der deutschen Nachkriegsgesellschaft geleistet hat ohne die von einer Steuer zu befürchtenden Nachteile für den unternehmerischen Mittelstand.

Denn das ist die Frage: Wie stark muss und kann dann auch der Mittelstand belastet werden?

Die Statistiken und die Reichtumsberichte der Bundesregierung geben dazu keine fertige Auskunft, die nicht erst bewertet und interpretiert werden müsste. Ihre Definition von Wohlstand scheint halbwegs zutreffend, die für Reichtum haben mit den üblichen Vorstellungen von Reichtum wenig zu tun².

² Die Armut- und Reichtumsforscher definieren

- als Arme, die mit einem Einkommen von weniger als 50% des Nettoäquivalenzeinkommens

- als Mittelstand, die mit einem Einkommen von 70-150% des NÄE

- als Wohlhabende und Reiche die mit höherem Einkommen.

Davon abgeleitet, haben Wohlhabende und Reiche ein monatliches Familien-Bruttoeinkommen von mehr als 5.000 € .

Doch die Grenze zum „echten“ Reichtum ist schwer zu ziehen. Das gegenwärtige Steuerrecht legt sie bei 20.000 €/Monat fest. (Die „Reichensteuer“ von 2006 hatte 2010 einen Ertrag von 640 Millionen Euro).

Das Fazit scheint auch bei quantitativer Betrachtung zu lauten:

Eine Sanierung des Staatshaushalts nur über die Steuer der „Reichen“ (ca. 1% der Bevölkerung) ist nicht möglich. Man wird auch die Steuern der Wohlhabenden (ca. 14%) und der Mitte (ca. 70% der Bevölkerung) erhöhen müssen.

Pauschal kann man vermuten: Setzt man „Reichtum“ zu tief an, muss man die halbe Gesellschaft in den strengeren Griff des Fiskus nehmen, greift man zu hoch, erschließt man keine ausreichend ergiebige und dauerhaft sprudelnde Quelle staatlicher Mehreinnahmen.

Eine Reichensteuer wird in erster Linie dazu dienen müssen dem Staat mehr Geld zu geben und einen Beitrag zu leisten, die Staatsschulden abzubauen. Das können nicht die „Normalverdiener“ einschließlich des Mittelstands zahlen. Hier müssen die Leute mit den breitesten Schultern immer noch kräftig beitragen. Die Hochverdiener aber wollen diesen Beitrag allenfalls für den Schuldenabbau leisten, nicht für zusätzliche Transferleistungen. Die Idee der Sozialstaatlichkeit kann sich auf keinen Fall, wie etwa der Philosoph P. Sloterdijk annimmt, auf die Generosität der Reichen stützen.

Abschöpfung und Sozialisierung der Automatisierungsdividende?

Frank Rieger vom Chaos-Computerclub fokussiert die Computerisierung und Roboterisierung unserer Kommunikations- und Arbeitsprozesse. Er fordert die damit verbundene Automatisierungsdividende zu „sozialisieren“. Hier bahnt sich eine Revolution an, die die Auswirkungen der beiden früheren industriellen Revolutionen übertreffen und mit viel größerer Geschwindigkeit ablaufen wird. Die Maschinen, zu denen heute auch die Computer zählen, ersetzen den Menschen nicht nur, sondern übertreffen ihn. Die neue Technologiewelle wird nicht von einer einzigen Technik getrieben, sondern von der Kombination und gegenseitigen Potenzierung paralleler Entwicklungen. Die Algorithmen für maschinelles Lernen und „schmalbandige“ künstliche Intelligenz fangen dank überschüssiger Speicherkapazität an, alltagstauglich zu funktionieren, weil wir alle Daten, die wir erzeugen, speichern und weiterverarbeiten können. Sie ersetzen die menschlichen Datenlieferer. Diese, nach und nach eines Teils ihrer Aufgaben beraubt, werden zunehmend auf höchstqualifizierte Tätigkeiten verwiesen.

Wie sollen also Wirtschaft und Gesellschaft weiter funktionieren, wenn immer weniger Menschen noch eine dauerhafte Arbeit mit guter Entlohnung haben? Denn davon müssen die unverzichtbaren Steuern und Abgaben entrichtet werden. Die Menschen konkurrieren mit immer geringeren Löhnen gegen immer billiger arbeitende Automaten.

Ein wie immer gearteter Konsens zur „Vergesellschaftung“ der Automatisierungsdividende, die allerdings schon aus Definitionsgründen kaum den Charakter einer Steuer annehmen kann, wird Teil des von allen ernstzunehmenden Bürgergeldmodellen geforderten schrittweisen Umbaus der Sozial- und Steuersysteme sein müssen.

Solche Überlegungen gehören zu der frühen Forderung unseres Arbeitskreises nach einer neuen gesellschaftlichen Ordnung der Arbeit. Der Übergang zur Suffizienz setzt nicht nur den Willen dazu und einen Mentalitätswandel sowie die Schaffung der technisch-industriellen Möglichkeiten voraus, sondern erfordert auch neue Sozialtechniken wie das Bürgergeld.

Unter diesen stellt die Entkoppelung der Anwartschaft auf soziale Sicherung von einem nachgewiesenen langdauernden Arbeitsverhältnis, die den Übergang in die „Tätigkeitsgesellschaft“ einleitet, eine der vordringlichsten dar.

Hier finden wir die positive Utopie, die eine nachhaltige Stabilität der Gesellschaft möglich macht und die Würde des Menschen wahrt. Doch kann es kein realistisches Ziel sein, Gerechtigkeit künftig auf einem niedrigeren Niveau herzustellen, nachdem unsere Lebensbedingungen in den letzten fünfzig Jahren so viel besser geworden sind. Von Suffizienz, von (neuer) Bescheidenheit zu reden, heißt im Wesentlichen zufrieden sein mit der Sicherung dessen, was wir haben und zugleich eine höhere intrinsische Qualität des von uns Hervorgebrachten anzustreben.

Als Volkssouverän können wir uns nicht mehr auf Versäumnisse von Wirtschaft und Politik hinaus reden, während wir uns von Besitzstandsbedürfnissen leiten lassen. Wir können auch nicht die Beschwörungsdosis steigern, um den idealen Menschen herbeizureden. Wir müssen als reale Menschen handeln und mehr als nur Bürger unserer je eigenen Nation sein wollen.

Die Änderung unseres Lebensstils muss für eine Mehrheit der Bürger Handlungsmaxime werden. Diesen Weg gilt es demokratisch, ohne Radikalität, in kleinen Schritten zu gehen, mit dem großen Ziel einer Transformation der Gesellschaft vor Augen. Wir müssen dazu die politischen Positionen stärken, von denen aus die Weichen in diesem Sinne gestellt werden.

Nachhaltige Wohlstandsmehrung als Ziel allen Wirtschaftens

Abkehr vom Wachstumszwang? Wenn wir die nachhaltige Mehrung unseres Wohlstands als das Ziel unserer Anstrengungen in Staat, Staatengemeinschaft, in der ganzen Welt ausgeben, dann bedeutet Wohlstand mehr und anderes als Wachstum des BIP. Gleichwohl setzt unsere Politik auch und gerade in der Krise noch immer auf weiteres Wachstum, gemessen an diesem „Bruttosozialprodukt im Inland“. Tatsächlich hängt der Wohlstand mit dieser Bestimmungsgröße zusammen, die sich leicht und ermessensfrei ermitteln lässt und den Vergleich über Zeiträume und zwischen Wirtschaftseinheiten erlaubt, auch wenn sie sich bei näherer Betrachtung als nicht unproblematisch erweist. (So wäre etwa das „Nettoinländerprodukt“, üblicherweise Volkseinkommen genannt, als Wohlstandsmaß besser geeignet. Aber auch dieses lässt alle Produkte und Dienstleistungen außer Acht, die nicht gegen Entgelt ausgetauscht werden und die fast unmöglich zu bewerten sind).

Hohes anhaltendes Wachstum, gemessen am BIP, war für das Deutschland der Jahre 1947-1963 unter der Ägide von Ludwig Erhard unbedingt erforderlich, und in dieser Phase allgemeinen Aufschwungs der westlichen Industriestaaten, in deren Kreis Deutschland früh wieder eingegliedert worden war, auch möglich. Man sprach vom deutschen Wirtschaftswunder, schrieb es zum großen Teil der spezifisch deutschen Tüchtigkeit zu und konnte sich nicht vorstellen, dass diese Wachstumsphase einmal durch verschiedene wirtschaftliche Krisen gehemmt werden könnte, erst recht nicht, dass ihm schließlich durch das Phänomen „Globalisierung“ endgültig Grenzen aufgezeigt würden.

Dieses Wachstum konnte unter dem Markenzeichen „Soziale Marktwirtschaft“ zugleich zum Instrument sozialen Ausgleichs werden. Mit dem sogenannten trickle down – Effekt sollte nach damaliger Auffassung sichergestellt sein, dass es mit einer wachsenden Wirtschaft, für alle mehr zu verdienen und damit ein besseres Leben gab.

Vertreter der neoliberalen Lobby „Neue Soziale Marktwirtschaft“, aber auch Hans Küng glauben, dieses damalige Modell der Freiburger Schule habe noch heute seine einstige Wirkkraft nicht verloren. Aber schon Wirtschaftsminister Erhard sah sich, anders als ein Mann wie Wilhelm Röpke, der die christliche Soziallehre im Kopf hatte, für das „Soziale“, d.h. die Umverteilung durch Steuern und Sozialversicherung sowie die Arbeitsmarktpolitik, nicht zuständig.

Ihm ging es um eine funktionierende Wirtschaft ohne Kartelle, mit Lohnzurückhaltung auf Seiten der Gewerkschaften und: mit Wachstum, Wachstum, Wachstum. Das aber schien für die tüchtigen Deutschen auf alle Zeiten garantiert.

So haben wir Wachstum als Wert verinnerlicht. Und eine Wirtschaft ohne Wachstum scheint für uns ganz undenkbar geworden zu sein.

Man sollte allerdings ergänzen, dass in neuen Wirtschaftszweigen Wachstum schon allein deshalb nötig ist, um Rückgänge in anderen Bereichen zu kompensieren Und: Wachstum scheint für die Politik auch deshalb unverzichtbar, weil sich Umverteilung aus dem Wachstum des Volkseinkommens politisch einfacher begründen lässt als die Umverteilung von Besitzständen.

Wir werden unsere Vorstellungen von Wirtschaftspolitik aber zweifellos revidieren müssen. Wir stehen vor einer Entscheidung: Mit einem grün werdenden Kapitalismus weiter zu machen, der aber wohl keines der Probleme, die der klassische Kapitalismus mit sich bringt, wirklich verschwinden lässt, oder den Übergang in eine Marktwirtschaft zu vollziehen, die Franz Joseph Radermacher und die „Global-Marshallplan-Initiative“ als „Ökosoziale Marktwirtschaft“ in das wirtschaftliche Denken eingeführt haben.

Genauer und richtig wäre es, von einer „nachhaltig-suffizienten Sozialstaatlichen Marktwirtschaft“ zu sprechen. Entscheidend wird dafür der Schlüsselbegriff eines neuen „qualifizierten BIP“ sein, in dem die Vorstellungen von Nachhaltigkeit und Suffizienz über das notwendige und zulässige Wachstum entscheiden, und dem Gemeinwohl zusammen mit der Sozialstaatlichkeit Vorrang vor Einzel- und Gruppeninteressen eingeräumt wird.

Suffizienz als eine anerkannte Vorstellung vom Machbaren und Habbaren, müssen wir in unseren deutschen Sprachgebrauch erst noch aufnehmen und in unser Denken erst recht. (Die ökologische Bedeutung des Begriffs, auf die es hier ankommt, ist aus dem Englischen ins Deutsche übergegangen und meint das für das Leben angemessene Notwendige und Hinreichende).

Der steigende Lebensstandard vermittelt vielen Menschen ein Gefühl von Lebenschancen und Freiheit. Materieller Wohlstand ermöglicht heute den Vielen was früher den Wenigen vorbehalten war. Nicht nur die Lebenssicherheit ist immens gestiegen,

auch Bequemlichkeit und Komfort haben zugenommen. Für viele Menschen auf der Welt hat das zu größerer politischer Stabilität geführt.

Doch dieses Prinzip zerstört auch die Voraussetzungen, auf denen es gebaut ist. Ein global egalitäres Wohlstandsniveau steht im Widerspruch zur Nachhaltigkeit. Und „Green Growth“ ist deshalb eine Täuschung, weil es immer nur eine begrenzte Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und Wachstum geben kann. Auch unter der Voraussetzung regenerativer Energien wird der Verbrauch an Materialien für die Herstellung von Gütern nicht von selbst abnehmen, sondern an das Wachstum gekoppelt bleiben.

Fazit: Wer soziale Gerechtigkeit plus Nachhaltigkeit im globalen Maßstab will, muss andere Modelle des Wirtschaftens und Lebens entwickeln.

Das heißt gerade für uns, dass wir die „Komfortzone“ verlassen und uns fragen müssen, was man für die Zukunft behalten möchte, was aufgegeben werden muss.

Die Wachstumsraten müssen und werden geringer werden. Hohes Wachstum einer kapitalistisch-technisch organisierten Gesellschaft hat unseren Lebensstil mit seinem Komfort hervorgebracht, der sich unmöglich auf die ganze Welt übertragen lässt, aber auch zivilisatorische Standards, deren Übertragung wir wünschen können.

Die Frage an uns lautet: Wie wollen wir unsere freiheitlichen Institutionen aufrechterhalten und dabei die Ressourcenübernutzung zurückfahren? Quantitatives Wachstum wird je länger desto unwirtschaftlicher werden.

Die Zeit ist reif für ein neues wirtschaftspolitisches Leitbild, nicht in falscher Vermessenheit für die ganze Welt, aber zunächst für unser Land und auch für Europa.

Es ist gut einen Schwerpunkt auf die sparsame Verwendung von Ressourcen zu legen, aber das reicht nicht aus. In einer Post-Wachstums-Ökonomie sind soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung ebenso wichtig wie ökologisch-ökonomische Effizienz. Wir werden in Zukunft anders leben müssen, nämlich unter der Leitfrage „Was soll wachsen“?

Harald Welzer sieht den Schlüssel für die Gewinnung von Zukunftsfähigkeit in der Praxis der Realwirtschaft, wozu die (theoretischen) Ansätze für eine Kreislaufwirtschaft gehören und die Forderung nach Integration von Gemeinwohlwirtschaft in die Unternehmensstrategien.

Tatsächlich aber geht heute jegliche Produktivitätssteigerung zu Lasten der Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe. Alternative Beschäftigungen mit dem Vergütungsniveau von Industriearbeitsplätzen müssten den Ausgleich schaffen, oder eine Grundsicherung für die Nichtbeschäftigten und Unterbezahlten muss einspringen. Es ist offensichtlich, dass dies ein völliges Umdenken und eine Umstrukturierung unserer Wirtschaft erfordert.

Ein bürgerschaftliches Ethos

Vaclav Havel hat kurz vor seinem Tod einen Beitrag für ein Buch mit dem Titel „Wertewandel mitgestalten. Gut handeln in Gesellschaft und Wirtschaft“ verfasst.

Wir sind mit ihm davon überzeugt, dass Politiker selbst unter den Bedingungen einer in Bedrängnis geratenden Demokratie noch mehr Einfluss haben als sie selber glauben. Dieser Einfluss liegt weniger in ihrem begrenzten Mandat als vielmehr in der Wirkung auf ihre Mitbürger, wenn sie ihr Amt im bürgerschaftlichen Sinn ausüben.

Packen sie ihre Aufgabe richtig an, dann werden sie nicht nur die Legislaturperiode im Auge haben, sondern risikobereit vorausdenken. Dann werden sie ihren Wählern vorleben, dass Politik mehr ist als bloße Interessenvertretung, dass sie der Gemeinschaft zu dienen hat, dass sie auch moralische Instanz sein soll.

Auf keine Weise aber kann man der eigenen Gesellschaft mehr dienen, als damit, die eigene politische Verantwortung in der global werdenden Zivilisation zu suchen.

Das Ziel ist, dass die politische Kultur des uneigennützigen Dienstes am Ganzen wenigstens das Übergewicht gewinnt. Dafür finden wir vorbildliche Traditionen des gesellschaftlichen und politischen Verhaltens.

So grundlegende Dinge wie einfache menschliche Anständigkeit; Bereitschaft, etwas vom persönlichen Interesse dem Interesse des Ganzen zu opfern; Achtung vor einer bestimmten sittlichen Ordnung, dem Respekt vor den bürgerlichen Rechten zu folgen; Widerstand gegen Fanatismus, Ideologismus, Fundamentalismus; Achtung vor unserer Lebenswelt; Skepsis gegen technokratische Führung der Staatsgeschäfte; Widerstand gegen die Kultur der Reklame und des Konsums; Abneigung gegen Provinzialismus, Isolationismus; Ignorieren des egoistischen Kults der Nationalinteressen; das gute Leben der Menschen überall auf dieser Erde als das höchste Interesse einer Nation anzusehen und sich dafür einzusetzen.

Auf dem Weg dorthin braucht es eine Kultur der Demut vor der Welt, eine Politik als praktizierte Verantwortung gegenüber der Welt statt einer bloßen Technik der Macht. Es geht um Politik als Dienst an den Bürgern und ihren Nachkommen und als Pflege der natürlichen Ressourcen.

Nur eine Politik, die eine wirklich und dauerhaft offene Gesellschaft will, kann dem gerecht werden.

Das stellt uns vor die ganz neue politische Aufgabe, solche Ideen auf eigene Verantwortung Schritt für Schritt beharrlich zu verfolgen. Darin erblicken wir den eigentlichen Grund für unsere Bemühung um ein bürgerschaftliches Ethos.

TEIL 3: Entscheiden, was zu tun ist

Nachhaltigkeit auf der politischen Agenda Europas

Unser Kontinent findet sich dem Anschein und der Schuldenkrise zum Trotz in einer guten Ausgangsposition: Die wirtschaftsliberale Strömung scheint im Abklingen, es gibt zahlreiche Projekte gegen eine Vermehrung sozialer Ungleichheit, besonders aus der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen. Die Zukunftsperspektiven von Frauen und Migranten haben sich verbessert. Minderheitenrechte, Chancengleichheit, rechtstaatlich ausgeformte Demokratie sind akzeptierte europäische Ideale, für deren Erhaltung und Optimierung wir Vieles einsetzen. Sie finden sich in den Verfassungen der europäischen Länder.

In einer gegen Gewaltanwendung sensibel gewordenen Grundstimmung unserer Gesellschaft, neigen wir in Europa heute mehr dazu, Frieden zu halten, als auf Grund unserer jüngeren Geschichte zu vermuten wäre.

Allerdings, die Gesamtlage ist noch labil. Bei einer sich verschlechternden wirtschaftlichen und sozialen Lage einzelner Länder formen sich demokratiekritische Parolen zu einer Kritik des „Systems“. Die „Alternative zur Demokratie“ fängt an zum Schlagwort zu werden. Auch der Parlamentarismus soll einem Stresstest unterzogen werden.

Wir sollten aufhorchen, wenn von einer Krise der Demokratie und von einem neuen Gesellschaftssystem geredet wird, wenn die Untoten eines vorgestrigen Konservatismus im Namen einzuschränkender Freiheiten sich zu Wort melden.

Ein Bürgerethos setzt heute die parlamentarische Republik voraus und prägt sie zugleich durch die Praxis seiner spezifischen Werte. Zu denen gehören nicht zuletzt die Friedfertigkeit des Gemeinwesens und die Gewährung gegenseitiger Freiheit der Bürger.

Es geht um mehr als eine nur formal funktionierende Demokratie. Wollen wir in Europa ein entscheidendes Wort mitreden, müssen wir uns nicht nur Ziele setzen, die uns von der eigenen Tradition auferlegt werden, sondern auch von den republikanischen Tugenden Europas. Dann geht es um den wohlgeordneten Zustand der gesamten Gesellschaft in allen Bereichen, von denen keiner alle anderen dominieren darf. Dann geht es um die funktionierende Bürgerrepublik auf der Grundlage eines europäischen Modells der Sozialstaatlichen Marktwirtschaft und eines Ethos, das seinerseits die Erhaltung der parlamentarischen Republik und ihrer Werte zur Voraussetzung hat. Das erfordert als Perspektive den Verfassungsrahmen einer Europäischen Föderation auf der Basis regelgebundener Solidarität der Teilstaaten. Auf dieser Grundlage muss unsere Politik Europa in ihr Zentrum stellen mit starken, demokratisch legitimierten Institutionen.

Noch fehlt die Einigkeit, die nur aus verstärkter politischer Einheit erwachsen kann. Die Europäer wahren heute in Erinnerung an die Kriege, die sie gegeneinander geführt haben, gute Nachbarschaft und ernten Früchte ihres wirtschaftlichen Austausches, während sie in ihrer Politik, ihre kulturellen Verschiedenheiten nachzeichnend, nach innen und außen divergieren.

Deshalb braucht Europa ein Ethos, das seine Grundlagen in der Tradition des Kontinents selber findet, die die Verwüstungen des vergangenen Jahrhunderts überdauert hat. Die föderative Republik Europa und ihr Ethos geht die Bürger an, die sich den zunehmenden Forderungen nach Re-Nationalisierung verweigern müssen.

Der europäische Traum

Von der „Aktualität des europäischen Traums“ hat Frank-Walter Steinmeier gesprochen. Denn dieser Kontinent kann zu Recht überall auf der Welt Vorreiter und Ausrüster einer nachhaltigen Ökonomie sein. Er ist in der Lage, realistische Lösungen für die ökologischen Herausforderungen, die bestehen und die noch auf uns zukommen werden, bereitzustellen. In der globalen Arbeitsteilung kann Europa die Rolle zufallen, ein dauerhaftes Wohlstandsmodell für eine Weltbevölkerung von bald 9 Milliarden Menschen zu denken, zu entwickeln und mit neuen Produkten zu ermöglichen. Wertschöpfung nicht Wertabschöpfung ist das Leitbild. Dafür hat Europa bereits heute das bessere Wirtschaftsmodell. Nach den neoliberalen Irrwegen der Finanzmärkte brauchen wir den erneuten Richtungswechsel hin zur Realwirtschaft. Wir können ihn weder mit dem angelsächsischen Wirtschaftsmodell noch mit dem des chinesischen Staatskapitalismus vollziehen.

Diese Vorstellungen gelten besonders für den Übergang aus dem Zeitalter fossiler in das der erneuerbaren Energien, als Voraussetzung für eine Industrie der Zukunft in einer Wirtschaft der Zukunft, unter Verzicht auf die Megarisiko-Technik der Kernenergie.

Eine Politik, die einen ökonomisch-ökologischen Kurswechsel mit einer neuen Wachstumsphilosophie ansteuert, wird realistisch zunächst solche Maßnahmen ergreifen, die gegenwärtig konsensfähig und mit den vorhandenen und akzeptierten Mechanismen und Instrumenten vereinbar sind. Das heißt, dass Europa sein Geschick selbst in die Hand nehmen muss; auf die andern großen Akteure kann es sich möglicherweise nicht verlassen. Europa scheint in Bewegung geraten. Unübersehbar ist ein neues politisches Suchen nach einer echten europäischen Union.

Unseren Hoffnungen und Forderungen muss nun das Nachdenken über das Handeln folgen

- in einer Welt mit Menschen so wie sie sind, nicht wie wir sie uns erträumen, mit ihren je eigenen Ansprüchen an Selbstbestimmung und Respektiert-Werden,
- in einer Welt, in der man nicht auf folkloristische Weise multikulturell zusammenleben kann, sondern besondere Anstrengungen dafür aufwenden muss.

Was wir Deutschen in einer solchen Welt beitragen und durchsetzen können, wird sich weder nur nach unseren eigenen Wünschen richten noch allein nach unseren Forderungen. Es kann sich nur aus dem ergeben, was wir als Bürger der Republik Europa für die Welt bedeuten und leisten können.

Die Bürgerschaften Europas unter einem neuen Gesellschaftsvertrag

Dieser Prozess der Neufindung einer deutschen und europäischen Identität bleibt auf die Institutionen angewiesen, die Staat und Gesellschaft aus ihren einzelnen Mitgliedern erst formieren. Sie umzugestalten kann nur in vielen Einzelschritten gelingen, die aber einem großen Entwurf gehorchen müssen.

Eine solche Umgestaltung wird davon ausgehen, dass eine nicht mehr bedingungslos vom Kapitalismus dominierte Gesellschaft eine Synthese aus Marktelementen, rechtsstaatlicher Steuerung und demokratisch-zivilgesellschaftlicher Einflussnahme bildet.

Zivilgesellschaftliche Visionen, Forderungen, Impulse müssen machtfixierte politische Strukturen und Routinen aufbrechen. Die kritisch-konstruktive Kooperation des politischen Establishments mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren ist unverzichtbar, wenn bürgerliche Solidarität und Loyalität in Europa wachsen sollen.

Ein Bürgerethos, dem eine Politik der Nachhaltigkeit entspricht, wird in Europa erkennbar sein als ein Ethos

von Freiheit und Gerechtigkeit,
der Sozialstaatlichen Marktwirtschaft,
der föderativ-republikanischen Verfassung Europas,
der Effizienz und Suffizienz,
der großen weltweiten Transformationen.

Unser persönlicher Lebenssinn ist nicht ohne Gemeinsinn zu finden. Peter Ulrich, Vertreter einer integrativen Wirtschaftsethik, erinnert daran, dass unsere soziale Identität erst durch Tätigkeiten in Bezug auf diesen Gemeinsinn entsteht. Sie erst ergeben einen solidarischen Zusammenhalt jenseits der Partikularinteressen, der uns einbindet in eine wohlgeordnete res publica. Gemeinsinn und Solidarität sind Quellen gesellschaftlicher Integration.

In diesem Kontext erscheint der Begriff der „Dienstleistungsgesellschaft“ in einem neuen Licht. Konkret: Die Solidargemeinschaft kann nicht auf Familienstrukturen, Nachbarschaftsmentalität und private Netzwerke verzichten, wenn das Gemeinwesen „vom Anderen her“, gedacht werden soll, wenn als Maßstab für Gerechtigkeit die Verbesserung der Wohlfahrt ihrer schwächsten Glieder gelten soll.

Ein bürgerschaftlicher Tugendkatalog

Wie wir uns als einzelne Staatsbürger beim Lösen der Gegenwartsprobleme unseres Landes und bei der Wahrnehmung unserer Verpflichtungen für das Wohlergehen der Menschen in der Einen Welt verhalten sollen, das hat unser Arbeitskreis schon vor einigen Jahren ansatzweise in einem Katalog formuliert.

Darin heißt es: Wir Bürgerinnen und Bürger anerkennen,

- dass der Staat für verlässliche Einnahmen auf unseren Steuerpatriotismus angewiesen ist; dass wir also alle unsere Steuern bezahlen und unser Geld nicht ungeschmälert behalten oder auch verschwinden lassen dürfen,
- dass der Staat einen guten Teil seiner Einnahmen in Bildung und Kultur stecken muss, in Infrastrukturen, ohne die die Leitung der Gesellschaft erlahmt und diese verödet,
- dass alle einigermaßen auskömmlich leben sollen von einem Lohn, der die eigene Leistung angemessen widerspiegelt, dass aber niemand mehr als genug verdienen darf, auch wenn einer droht, der Gesellschaft die Loyalität aufzukündigen,
- dass es zwar besonders tüchtige und leistungsfähige Mitglieder unsere Gesellschaft gibt, dass aber niemand den Anspruch hat, einer Elite anzugehören, der seine eigenen Ansprüche nicht dem Gemeinwohl unterordnet und sich nicht dem demokratischen Diskurs unterwirft,
- dass man nicht unbesorgt konsumieren und in reichlich bemessener Freizeit kostspieligen Spaß haben kann, wenn man mit seinem Einkommen, soweit man das vermag, nicht auch Vorsorge trifft für Krankheit, Alter und für den Verlust des Arbeitsplatzes,
- dass wir in diesen schwierigen Lebenslagen nicht jede Hilfe vom Staat erwarten können, weil diesem sonst für das was unbedingt getan werden muss, die Mittel fehlen werden,
- dass nicht alle Formen selbstbestimmter Lebensführung mit der Erwartung verknüpft werden dürfen, die damit verbundenen Risiken würden von der Gemeinschaft getragen,
- dass nicht immer die „Anderen“ gemeint sind, wenn es um das Teilen und Umverteilen geht, sondern dass dies die meisten von uns betreffen wird,
- dass wir auch weiterhin die armen Länder um der Gerechtigkeit und des Friedens willen unterstützen müssen, und zwar auf neuen Wegen, so dass das Geld nicht in den falschen Taschen und in unsinnigen Projekten verschwindet,
- dass in diesem Jahrhundert noch ganz andere Probleme auf uns zukommen werden, vor denen wir die Augen nicht mehr werden verschließen können, dann, wenn die Ressourcen der Erde für eine noch weiter gewachsene Bevölkerung zu knapp sein werden,
- dass wir bei allem, was wir in den Krisen unseres Wirtschaftssystems tun, diese Zukunft einbeziehen müssen,
- dass also Nachhaltigkeit der Leitgedanke unseres persönlichen Handelns und unserer Politik zu sein hat,

- dass wir über unsere nationalen und die europäischen Grenzen hinaus in einem wahrhaft ökumenischen Miteinander Wege finden müssen für das Leben in der Einen Welt.

Das bürgerschaftliche Ethos im Weltmaßstab

Wie kann eine gute Weltordnung aussehen? Harald Müller von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung spannt einen weiten Rahmen für globale Handlungsmöglichkeiten.

Gerechtigkeit und Fairness bilden den wichtigsten Beitrag zur Friedenssicherung. Sie erfordern, dass Grundsätze globalen Regierens von der überwiegenden Anzahl der Regierungen anerkannt werden. An der Erstellung der Rahmenbedingungen müssen auch nichtdemokratische Staaten beteiligt werden.

Eine Weltregierung haben schon Immanuel Kant und Existenzphilosophen wie Karl Jaspers mit guten Gründen verworfen. Wir können aber eine Entnationalisierung des Weltregierens anstreben, bei der die Staaten in ihrer Vielfalt das politisch agierende Kollektiv bilden. Sie bleiben weiterhin Staaten neben Akteuren wie internationale Organisationen, weltweite Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen. Selbst unerwünschte, gefährliche Erscheinungen wie die organisierte Kriminalität oder der Terrorismus gehören in gegebenen Fällen dazu.

Jede Weltpolitik muss mit dem Ensemble dieser Akteure beginnen. Die Auswahl von Handlungsoptionen für eine global governance muss in verbindliche und kontrollierbare Verhaltensregeln übersetzt werden. Das ist Aufgabe von Politik, nicht von Experten.

Eine westliche Vorstellung vom Weltregieren als Marktwirtschaft plus Demokratie mit Freiheit und Menschenrechten als Zusatznutzen ist zu simpel. Unsere Überzeugungen können wir niemandem aufzwingen. Universale Gültigkeit gewinnen nur solche Werte, Regeln, Normen, die von den Repräsentanten der verschiedenen Kulturen anerkannt werden, mit denen wir kooperieren wollen. Gerade deshalb bleiben die Vereinten Nationen wichtig.

Besonders über den Wert der Gerechtigkeit bestehen unterschiedliche Vorstellungen. Darum müssen wir nach Maßstäben für ihn suchen, die mit den zentralen Maximen aller Kulturen vereinbar sind. Gerechtigkeit ist ein mit Emotionen und Interessen verbundener Wert, deren Verletzung Feindgefühle weckt, von denen ein breiter Weg zum Krieg führt. Kriegsvermeidung durch Abrüstung muss zentrales Ziel einer auf Nachhaltigkeit gerichteten Weltpolitik werden.

Nachhaltigkeit fordert vor allem eine Abkehr vom Freund-Feind-Denken. Der übergeordnete Grundsatz für den Umgang mit Verschiedenheit kann nur Teilhabe heißen, bei der alle eine Stimme haben. Das gilt auch für den Umgang mit den vom politischen Islam beherrschten Ländern und gilt generell für alle nichtdemokratischen Staaten, solange nicht deren eigene Bevölkerung zur offenen Rebellion gegen die Regierung schreitet.

Die Unipolarität imperialer Dominanz und der Hegemonismus sind an ihr Ende gekommen. Weltsozialpolitik wird zur Sicherheitspolitik.

Noch wurde ein Modus nachhaltiger Weltordnungspolitik nicht gefunden, weil alle Projekte mehr oder weniger einen westlichen Herrschaftsanspruch widerspiegeln. Es besteht letztlich der Verdacht, dass der „Westen“ immer noch ein imperiales Projekt ist, der die Zustimmung zu einer Weltkooperation auf der Basis seiner Werte bisher unmöglich gemacht hat, auch wenn in großen Teilen der Welt die Menschenrechte respektiert werden und die Verbindung von gutem Regieren und Demokratie als wegweisend anerkannt wird.

Allerdings: Solange die Welt, so wie es heute der Fall ist, unter dem Primat der Ökonomie lebt und auch Demokratien auf Dauer eine nichtmoralische, allein an wirtschaftliche Interessen gebundene Politik verfolgen, dürfen wir auf keinen Fall glauben, unser Land werde ohne grundlegende Neuorientierung eine gute Weltordnungspolitik entscheidend beeinflussen können.

Nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit

Dass ein Ethos der Nachhaltigkeit für Problemlösungen im Weltmaßstab dringend gebraucht wird, erkennen wir beim Thema Entwicklungszusammenarbeit. In allererster Linie geht es um ASS, Afrika südlich der Sahara, das Epizentrum der Armut in der Welt. Dort ist der Washington-Konsens - Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung, Markt gegen Staat - zur Strategie ohne Zukunft geworden.

Nach dem Kolonialismus/Imperialismus ist auch der Versuch gescheitert, das bestehende Unrecht und seine Verheerungen durch „Entwicklungshilfe“ zu kompensieren. Diese stellt sich in der nachkolonialen Phase heute als eine Kette einander ablösender Irrwege dar.

Wir können die weltweite Gleichverteilung von Wohlstand nicht erzwingen. Doch krasse Ungleichheit wird auf Dauer unweigerlich zu nicht mehr beherrschbaren Konflikten führen. Entwicklungshilfe als „Weltsozialhilfe“ ist gescheitert und hat auch künftig keine Aussichten auf Erfolg, auch wenn Katastrophenhilfe im engen Sinn unverzichtbar bleibt.

Sehr vorsichtig optimistisch hat die UN die statistischen Ergebnisse der Weltbank kommentiert, wenn sie Fortschritte im Kampf gegen die Armut in der Welt feststellte. Einige Millenniumsziele könnten sogar früher als erwartet erreicht werden.

Selbst wenn für diese erfreulichen Ergebnisse vor allem die positive Entwicklung in China verantwortlich ist, lässt auch Afrika hoffen. Dort kommen aus den eher als hoffnungslos geltenden Ländern südlich der Sahara Meldungen über einen Rückgang der Zahlen für absolute Armut. Dort wächst die Wirtschaft trotz der Weltwirtschaftskrise beachtlich. Als Indikatoren für den positiven Trend gelten Fortschritte bei der Gesundheitsfürsorge, der Schulbildung und bessere Regierungsführung in vielen Ländern, von denen sich heute schon viel mehr als noch 1990 Demokratien nennen dürfen.

Dass der sich anbahnende Umbruch der Hilfe zu verdanken sei, die bisher vom Norden geflossen ist, wird aber kaum noch jemand behaupten. Sie in der bisherigen Form fortzusetzen scheint sinnlos. Viele Afrikaner fordern ein Ende dieser Bemühungen, sie hätten die Entwicklung in der Vergangenheit mehr behindert als gefördert. Wir müssen diese Stimmen ernst nehmen.

Zu den prominenten Werten eines Ethos der Nachhaltigkeit gehört die Wahrhaftigkeit. Aus Wahrhaftigkeit gegenüber uns selbst müssen wir eingestehen, dass wir selbst uns mit unseren Ansprüchen in der Vergangenheit auf Kosten der Armen bereichert haben. Auch die Globalisierungsgewinne von heute verteilen wir einseitig zu unseren Gunsten. Und noch immer beuten wir die Rohstoffressourcen der „Entwicklungsländer“ aus.

Zu Recht wird in den von Armut geplagten Ländern good governance als Voraussetzung für Ansätze zum wirtschaftlichen Gedeihen gefordert. Sie brauchen eben nicht nur Geld, sie brauchen demokratieförmige rechtsstaatliche Institutionen, die sich nach westlichen Vorbildern - nicht in deren Nachahmung, sondern in Übereinstimmung mit ihrer Kultur - herausbilden müssen. Mit rigiden Auflagen ist ein solcher Wandel nicht zu erreichen. Entscheidend sind das ungeheuer große Potential des afrikanischen Kontinents mit mehr als einer Milliarde Menschen, der günstige Altersaufbau der Bevölkerung, die riesigen brachliegenden oder schlecht genutzten Bodenflächen. Seine Rohstoffe bilden die Voraussetzungen für Afrikas Zukunft jenseits der Armut.

Spenden, der klassische Weg des privaten Engagements im Rahmen der alten Entwicklungshilfe, haben den Hunger reduziert. Sie haben lokale Projekte ermöglicht, aber nicht den Weg aus der Armut gebracht. Das wird auch dem Millenniumsprojekt nicht gelingen. Immer noch lebt man in Afrika weitgehend auf dem Niveau einer Subsistenz-Landwirtschaft und weithin vom informellen Sektor. Parallel dazu wurden bereits große Ländereien ohne Beteiligung der Bevölkerung an ausländische Staaten und Investoren verkauft. Privatwirtschaftliche Investitionen wurden bisher nur unzureichend getätigt.

Der Aufbau eines industriellen Sektors muss als Jahrhundertprojekt technischer Modernisierung Afrikas in Angriff genommen werden³. Dabei geht es längst nicht mehr um das aussichtslose Projekt einer nachholenden Entwicklung. Wir müssen die jetzt noch unter Not und Mangel leidenden Menschen in die Lage versetzen, sich in die internationale Arbeitsteilung einzugliedern, und das mit Leistungen, die gesteigerte technische Kompetenz erfordern.

Ein beispielhafter Ansatz ist mit den neuen mobilen Kommunikationstechniken bereits gelungen: Die Übertragung neuer Energietechnologien erfolgt unter Überspringen der Vorläuferstufen und erfordert Fähigkeiten, die noch auf absehbare Zeit von den „Lieferländern“ bereitgestellt werden können und müssen. Die finanzielle und die zeitliche Dimension eines solchen Vorhabens werden fast unendliche Geduld erfordern. Nicht nur der zeitliche Rückstand spricht gegen den Erfolg eines Aufholrennens aus eigener Kraft. Auch der Umstand, dass wissenschaftlich-technische Fähigkeiten

³ Es ist bemerkenswert: Während wir in den Industrieländern des Nordens Innovationen für den Rückbau erarbeiten müssen, sind wir gleichzeitig beim Aufbau eines industriellen Sektors in Afrika in der Pflicht!

angeeignet werden müssen, ist zu berücksichtigen. Zu deren Aneignung müssen bestimmte Kompetenzen erst noch ausgebildet und eine ganze Gesellschaft herangezogen werden.

Hohe Aufmerksamkeit verdient Chinas neue Rolle in Afrika. China ist im Begriff zum größten Handelspartner des Kontinents aufzusteigen. Es greift nach Bodenschätzen und Ländereien, finanziert aber auch riesige Infrastrukturprojekte und stellt die Entwicklungshilfe mit neuen Vorhaben auf eine andere Basis. Mit einem Rekordkredit werden Landwirtschaft und Industrie, werden kleine und mittlere Unternehmen gefördert, wird eine „chinesisch-afrikanische, strategische Partnerschaft“ angestrebt.

China ist allerdings auch einer der Hauptakteure bei der Aneignung von Landbesitz und Landnutzungsrechten in großem Maßstab. Die positiven Auswirkungen dieser Neo-Kolonialisierung sind ungewiss, die destruktiven Folgen wären am Ende kaum abzuwenden.

Nachwort

Die Transformation in eine Nachhaltigkeitsgesellschaft wurde vom Arbeitskreis Gerechtigkeit als überlebensnotwendig und unumgänglich erkannt. Sie wird, wenn sie in diesem Jahrhundert gelingen sollte, für uns und unsere Nachkommen ein Glücksfall sein. Dass sie gelingen kann, wird wesentlich davon abhängen, mit welchen geistigen und moralischen Kräften wir jetzt den Übergang vorantreiben.

Ein Bürgerethos der Nachhaltigkeit, wie es der Arbeitskreis bedacht und hier niedergeschrieben hat, kann die Sicherheit geben, gewohnte Einstellungen zu ändern und die nötigen Schritte in eine gute Zukunft zu gehen, auch wenn sie unbequem sein werden.

Die Probleme sind gewaltig. Und ein Ethos bringt nicht die konkrete Lösung. Aber es bietet entscheidende Indikatoren, die Probleme zu erkennen und zu benennen. Danach müssen sie politisch, wirtschaftlich, rechtlich geklärt und praktisch gelöst werden.

Auf diesem Weg verantwortlicher Bürger brauchen wir einander.

Im März 2013

Lesehinweise

Franz Josef Radermacher/BertBeyers: „Welt mit Zukunft“, Hamburg 2007.

Jorgen Randers: „2052 – Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre. Der neue Bericht an den Club of Rome“, München 2012.

Harald Welzer: „Selbst denken – Eine Anleitung zum Widerstand“, Frankfurt/M 2013.

Anhang

„Globales Wirtschaftsethos“ "Konsequenzen für die Weltwirtschaft" kommentiert vom Arbeitskreis Gerechtigkeit der EAiD

Unter der zitierten Überschrift liegt seit 2009 ein Manifest im Namen und Auftrag der Vereinten Nationen vor, unterzeichnet von Mitgliedern einer Arbeitsgruppe der „Stiftung Weltethos“ aus Hochschulvertretern und Akteuren der Wirtschaft.

Es folgt dem normativen Bezugspunkt des Humanitätsprinzips: Jeder Mensch soll menschlich behandelt werden, unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Religion, Stand.

Konkretisiert wird das Humanitätsprinzip durch die Grundwerte Gewaltlosigkeit und Achtung vor dem Leben, Gerechtigkeit und Solidarität, Wahrhaftigkeit und Toleranz, gegenseitige Achtung und Partnerschaft.

Die Autoren berufen sich auf ein gemeinsames Band transkultureller Werte, das aus den ethischen Ressourcen der Kulturen und Nationen erwächst, nicht aus deren Unterschieden.

Ziel ist die Definition grundlegender Pflichten, Einstellungen und Anforderungen für ökonomisches Handeln.

Wie die Unterzeichner eingangs feststellen, werden in dieser Erklärung die grundlegenden Prinzipien und Werte einer globalen Wirtschaft deklariert. Die ausgesprochenen Prinzipien können von allen Menschen mit ethischen Überzeugungen, religiös begründet oder nicht, mitgetragen werden. Die Unterzeichner verpflichten sich, sich von Buchstaben und Geist dieser Erklärung leiten zu lassen.

Sie nimmt die Gesetzlichkeiten von Markt und Wettbewerb ernst, will diese aber zum Wohl aller auf eine ethische Grundlage stellen. Die Erfahrungen in der Krise des Wirtschaftslebens unterstreichen die Notwendigkeit international akzeptierter ethischer Prinzipien und moralischer Standards, die in den Geschäften mit Leben erfüllt werden können und müssen.

Der Arbeitskreis Gerechtigkeit der EAiD nimmt dazu Stellung:

Man kann diesen Aussagen, unter den Leitworten „Grundwerte“ und „Verantwortung“ rückhaltlos zustimmen. Den positiven Zielen und Haltungen - Wohlstand und gesellschaftliche Wohlfahrt, Gerechtigkeit und Fairness, Menschenrechte und Würde, Respekt und Toleranz, Gewaltlosigkeit und Achtung vor dem Leben, Rechtschaffenheit, Wahrheit und Zuverlässigkeit - werden nichttolerierbare Handlungen und Haltungen gegenübergestellt.

Dazu gehören Diskriminierung, Entwürdigung, Dominanz und Menschenverachtung, so dass das Meiste unter der Frage unseres Arbeitskreises „In welcher Welt wollen wir leben?“, einer Zuspitzung aus dem Jahr 2010, zu stehen käme.

Doch finden wir in dem Manifest nicht alles, was für uns wichtig ist, und manches nicht so, wie wir es betonen würden. Von Suffizienz ist nicht die Rede. Und so kommen auch Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit nur ganz kurz zur Sprache. Bei den „Gesetzlichkeiten des Marktes“ scheint das Modell vom ausschließlich wirtschaftlich-rational denkenden Menschen vor Augen zu stehen, der sein Eigeninteresse zur Basis von Entscheidungen macht.

Über Absichtserklärungen wie in diesem Manifest scheint heute die öffentliche Empörung hinwegzugehen, die ganz einfach feststellt,

- dass das ökonomistische Weltbild nicht zu der Welt passt, in der wir leben wollen,
- dass wir die vergangenen Jahre als verlorene Zeit sehen müssen,
- dass man bedingungsloses Wachstum als Idee von gestern sehen und feststellen muss, den Kindern werde es nicht mehr so gut gehen wie ihren Eltern.

Die Bemühungen der zuletzt rasch aufeinanderfolgenden EU-Gipfel konzentrieren sich auf die Stabilisierung des ins Wanken geratenen Geldsystems. Das Ziel lässt sich beschreiben als Sicherstellung weiteren Wachstums bei gleichzeitiger Haushaltsdisziplin. Es gilt als wichtigstes Heilmittel gegen den befürchteten Kollaps der gesamten Eurozone und des europäischen Projekts mit Auswirkungen auf die ganze Welt.

Die Politik braucht ohne Frage den Blick auf den weiten Horizont, aber sie darf darüber das Naheliegende nicht übersehen, will sie nicht den Zugriff auf die schrittweise Gestaltung der Verhältnisse verlieren und sich als Politik selber abschaffen. Finanz- und währungstechnische Bemühungen allein werden zur Systemstabilisierung nicht hinreichen.

Unsere Politik muss von der Überzeugung getragen sein, dass sich unser Tätigkeitshaushalt unter einem neuen Gesellschaftsvertrag auf andere Ziele, vor allem das Ziel der Nachhaltigkeit richtet.

Diese aber müssen letzten Endes im Rahmen einer vertieften politischen Einigung des Kontinents gefunden werden.

Die Frist zur Überbrückung der Kluft zwischen dem außer Kontrolle geratenen Wirtschaftspotential und dem zu seiner Bändigung nötigen Umdenken wird uns nicht geschenkt, doch der Weg aus der Gefahr, in die wir uns blind gegen Warnungen begeben haben, zeichnet sich politisch ab, wenigstens in Ansätzen.

Die Mitglieder des Arbeitskreises Gerechtigkeit

(zur Zeit der Erstellung dieser Schrift)

Horst Baumann, Landesverband Hessen

Rolf Bellmann, Landesverband Westfalen

Dorothea Friederici, Landesverband Berlin/Brandenburg

Margot Gilch, Landesverband Württemberg

Dr. Werner Grau, Landesverband Pfalz-Saar

Siegfried Heinzel, Landesverband Niedersachsen

Heiner Krückels, Landesverband Rheinland

Eckart Marwedel, Landesverband Hamburg und Schleswig-Holstein

Peter Meyer, Landesverband Nordwest

Margret Schoenborn, (Beauftragte des Bundesverbandes für den Arbeitskreis Gerechtigkeit); Landesverband Rheinland

Jürgen von Strauwitz, Landesverband Sachsen

Dr. Peter Trappe, (EA-Vertreter im Attac Rat); Landesverband Sachsen

Prof. Dr. Gerd Wibberenz, (korrespondierendes Mitglied); Landesverband Hamburg und Schleswig Holstein

Evangelische Akademikerschaft in Deutschland

- Arbeitskreis Gerechtigkeit -

Eugenstr. 6, 71229 Leonberg

Tel 07152/9086124, Fax 07152/9086125

email: evangakadid@t-online.de

www.ev-akademiker.de